



Rotes Band der Sympathie? Giorgia Meloni und Olaf Scholz in Berlin Anfang Februar.

Foto: picture alliance/dpa | Philipp Znidar

Von Shimon Stein & Moshe Zimmermann

Zwei Tage vor dem Treffen zwischen Giorgia Meloni und Olaf Scholz in der vergangenen Woche erschien in der regierungsnahen israelischen Zeitung *Israel Heute* ein Artikel, in dem die neue israelische Regierung aufgefordert wurde, sich um die Wiederaufnahme der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen zu bemühen. Gerade die israelische Rechte, hieß es dort, solle den direkten Kontakt zur deutschen Regierung anstreben und dabei „die verzerrenden Filter der israelischen und deutschen Medien umgehen“, die angeblich ein falsches Bild von Israels Politik abgeben. Wenn Scholz die Neofaschistin Meloni empfangen kann, so mögen die Befürworter des im Artikel empfohlenen Vorstoßes sich gedacht haben, ist auch ein gemeinsames Treffen der deutschen Minister nicht nur mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, sondern auch mit dem rechtsradikalen Minister Bezale Smotrich oder Itamar Ben-Gvir nicht mehr auszuschließen. Man erwartet also, dass es auch gegen die Teilnahme dieser rassistischen Minister aus der „Partei des religiösen Zionismus“, obwohl viel radikaler als die „Fratelli d'Italia“, keine deutschen Bedenken geben wird.

Diese Erwartung kommt nicht von ungefähr: Seitdem Angela Merkel 2008 die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson aufgewertet hatte, ohne aber auf den eigentlichen Inhalt dieser Parole einzugehen, erwartet Israel eine quasi automatische Zustimmung zu allem, was seine Regierung unter Sicherheit versteht. Seit langem steht also die Frage im Raum: Wie ehrlich ist die in Deutschland geführte Diskussion über die israelische Politik? Schaut das offizielle Deutschland nicht im Endeffekt vom Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern wie auch vom Erosionsprozess der israelischen Demokratie weg, um eine Konfliktsituation zu meiden? Ist die Angst vor der „Antisemitismuskule“ letztendlich größer als die Macht der so oft heraufbeschworenen wertorientierte Politik Deutschlands?

”

## Wertedialoge

Berlin muss zur Kenntnis nehmen, dass die israelischen und deutschen Interessen nicht deckungsgleich sind

Die deutsche Politik verwendet noch immer das Mantra von der Zweistaaten-Lösung, sieht aber seit Jahren zu, wie diese Lösung von Israel untergraben wird. Der Ausbau der Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten geht ja systematisch weiter, der Oslo-Prozess, der vor 30 Jahren begonnen hat, liegt im Sterben. Die Israelis wissen Bescheid – auf die deutsche Beteuerung der Unterstützung für die Zweistaaten-Lösung folgen keine Taten. Während die Hunde leise bellen, kann die Karawane weiterziehen. Eine schleichende Annexion setzt sich fort.

”

Die deutsche Politik verwendet noch immer das Mantra von der Zweistaaten-Lösung, sieht aber seit Jahren zu, wie diese Lösung von Israel untergraben wird.

Von Deutschland wird aus israelischer Sicht eine besondere zurückhaltende Reaktion erwartet (sprich: keine Kritik) „wegen der Vergangenheit“, die die Antisemitismuskule besonders schwer lässt. Und doch, da in Israel nun eine rechtsradikale Regierung entstand, die die Zweistaaten-Lösung offen ablehnt und Groß-Israel als Ziel hat – kann Deutschland eine Weiter-so-Politik betreiben und mit dem israelischen Rechtsradikalismus gemeinsame Sache machen? Wird die Diskrepanz zwischen Deutschlands proklamiert Verantwortung

gegenüber Israel und einer Weiter-so-Taktik in der gegenwärtigen Situation nicht überstrapaziert?

Dass realpolitische Interessen in der internationalen Politik den Vorrang vor Werten haben, überrascht auch in diesem Fall nicht. Die Energiekrise hat diese Maxime nicht nur für die deutsche Außenpolitik und nicht allein beim Thema Israel unterstrichen. Israels Geheimdienstquellen, Israels Waffensysteme (Drohnen, Luftabwehraketen) und Israels Vorteile im Hightech-Bereich lassen die Frage um die Werte der liberalen Demokratie, für die die deutsche Außenpolitik

stehen sollte, in den Hintergrund rücken. Doch gerade vor dem Hintergrund der von der grünen Außenministerin Annalena Baerbock heraufbeschworenen wertorientierten Außenpolitik einerseits und der rechtsradikalen, antiliberalen Politik der neuen Netanyahu-Regierung andererseits ist das Weiter-So absurd: Von der Erinnerung an die Shoah motiviert, bemüht sich die deutsche Politik um die bedingungslose Unterstützung Israels, was nun beim Weiter-So der Zusammenarbeit mit einer Regierung gleichkommt, die vorhat, das demo-

kratische System in Israel auszuhehlen. Die neue israelische Regierung ist bemüht, die Grundpfeiler der Demokratie – eine unabhängige Justiz, die Abwehr der Tyrannei der Mehrheit, die Meinungsfreiheit, ein unzensuriertes öffentlich-rechtliches Fernsehsystem etc. – abzusagen und ein System zu schaffen, das dem ähnelt, das mittlerweile in Ungarn existiert. Ist die Unterstützung einer solchen Regierung mit den Grundwerten der Bundesrepublik kompatibel?

Da Israel kein Mitglied der EU ist, sind Maßnahmen, zu denen die EU im polnischen und ungarischen

Ukraine immer nach Washington (und gelegentlich nach Paris) schaut, könnte sich auch in diesem Fall seinen beiden Vorbildern anschließen.

Noch immer greift Deutschland zu dem Mantra Zweistaaten-Lösung, zwei gleichberechtigte Staaten auf der Grundlage des internationalen Rechts, statt die rechtswidrige Besatzung des Westjordanlands und die damit verbundene Siedlungspolitik fortzusetzen. Sollte sich jedoch bei einer möglichen deutsch-israelischen Regierungskonsultation die israelische Ausgangsposition durchsetzen, wonach es keine besetzten palästinensischen Gebiete gibt und die Gesamtbevölkerung zwischen Mittelmeer und Jordan unter einer gemeinsamen Regierung leben sollte, müsste Deutschland als Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft darauf bestehen, dass alle Bewohner dieses Staates gleiche Bürgerrechte erhalten und die jüdische Bevölkerung nicht den Status einer bevorzugten Menschengruppe erhält.

Als Mitglied der Europäischen Union, und erst recht vor dem Hintergrund der Erinnerung an das nationalsozialistische Unrechtregime, darf Deutschland sich durch den Antisemitismusvorwurf nicht einschüchtern lassen, der dann von Seiten der rechtsradikalen israelischen Regierung zu erwarten ist. Deutschland nach 1945 kann einen autoritären Staat nicht gutheißen, auch wenn er Israel heißt. Was feststeht, ist die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen den Interessen Deutschlands und Israels. Das müsste auch die deutsche Politik endlich zur Kenntnis nehmen.

■  
**Shimon Stein**  
war von 2001 bis 2007  
Israels Botschafter in Deutschland  
und ist Senior Fellow  
am Institute for National Security  
Studies in Tel Aviv.

■  
**Moshe Zimmermann**  
ist Professor Emeritus  
an der Hebräischen Universität,  
Jerusalem.

## Abschminken



Von Günter Bannas

Zu Beginn der 1980er-Jahre gehörte Olaf Scholz der Führung der Jungsozialisten an. Er zählte zur sogenannten Stamokap-Fraktion, die lieber mit den bestorganisierten Moskau-nahen DKP-Gruppen als mit den Grünen kooperierte. In der Friedensbewegung etwa, zu deren Beratungen er von Hamburg aus meist zusammen mit Uwe Knickrehm, dem Vorsitzenden der DKP-Studentenorganisation MSB Spartakus, nach Bonn anreiste. Die Grünen wurden dort von ihrem Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann vertreten. Der pflegte das gegnerische Lager nach allen Regeln der Rhetorik politisch vorzuführen. Jungsozialisten und DKP warf er in einen Topf, weil sie einseitig die Abrüstung des Westens forderten. Die Grünen aber wollten eine blockübergreifende Abrüstung – der Nato und der Sowjetunion.

Scholz führte Gespräche mit der Staatsjugend der DDR und der Sowjetunion; in Ost-Berlin etwa mit Egon Krenz, dem FDJ-Chef. Die Grünen dagegen hielten Kontakte zu den Oppositionsgruppen in den Staaten des Warschauer Paktes – zur Solidarnosc in Polen, zur Charta 77 in der Tschechoslowakei und zu kirchlichen Friedensgruppen in der DDR. Als die Grünen vom DDR-Chef Erich Honecker empfangen wurden, trug Petra Kelly ein T-Shirt mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“. Das war der Slogan oppositioneller Friedensaktivisten der DDR.

Ihren Bundestagswahlkampf vor 40 Jahren führten die Grünen nicht bloß gegen Helmut Kohl und gegen die Helmut-Schmidt-SPD. Sie führten ihn auch gegen die Willy-Brandt-SPD und gegen die Jungsozialisten. „Verrat an der Ökologie- und Friedensbewegung“ warfen die Grünen der SPD vor. Die Jungsozialisten sollten „mehr Zivilcourage und Loyalität zur Sache zeigen und sich nicht an der Leine der Mutterpartei gängeln lassen“. Zwar konnten die Springermedien die SPD-Linken nicht leiden. Noch weniger allerdings konnten sie die Grünen ertragen. Wenn sich Grünen-Abgeordnete von der Fahrbereitschaft des Bundestages zu einer „Demo“ bringen ließen, wurde ein großes Buhei gemacht: Doppelmoral.

Sprung in die Neuzeit, Bundestagswahlkampf 2021, außenpolitische Talkrunde der zwei Kanzlerkandidaten und der einen Kanzlerkandidatin. Annalena Baerbock begründete ihr Nein zum Nord-Stream-2-Vorhaben. Deutschlands Energieversorgung dürfe nicht von Russland abhängen; die Partner in Washington und in der Europäischen Union, zumal in Osteuropa, seien dagegen. Der spätere Kanzler wurde vorgeführt. Im Streit über Lieferungen von Leopard-2-Panzern an die Ukraine preschte die Außenministerin vor. Sie sagte ja, Scholz sagte nein.

Dann aber sah sich Baerbock, wie nachträglich bekannt wurde, ihrerseits von Scholz ausgebremst. Während das Auswärtige Amt den deutschen Auslandsvertretungen noch mitteilte, in Sachen Leo 2 gebe es nichts Neues, wurde im Kanzleramt der Kurswechsel beschlossen. Scholz ist nicht vergesslich. Zufall oder nicht: Nun gab es Berichte, der Außenministerin stehe – wie früher übrigens auch Angela Merkel – eine Visagistin zur Verfügung. Subtext: grüne Machtlosigkeit und Doppelmoral.

■  
**Günter Bannas**  
ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs.  
Bis März 2018 war er Leiter  
der Berliner Redaktion der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Von Gisela Dachs

Seit Ende Dezember amtiert Israels neue Regierung. Fast schon genauso lange gibt es Proteste. Die Menschen gehen auf die Straße, weil sie fürchten, dass der geplante Justizumbau ihr Land in ein anderes verwandeln wird. Sie sehen die Gewaltenteilung als legale Grundordnung bedroht. „Demokratie endet nicht mit der Wahl“, steht als Lichtreklame der Tageszeitung *Haaretz* über dem Platz, wo sich jeden Samstagabend die Demonstranten versammeln. Worum genau geht es nochmal?

Benjamin Netanyahus schwer rechts-religiöse Koalition will dem Parlament deutlich mehr Spielraum gegenüber der Justiz einräumen, da die Richter – so jedenfalls wollen es die Reformwütigen sehen – eine Bastion der linken und säkularen Elite seien, die als wahre (nicht gewählte) Regierung herrsche. Faktisch soll die Judikative zugunsten der Politik geschwächt werden.

Dass es durchaus Bedarf an Erneuerungen im Justizwesen gibt, streiten auch Kritiker der Reform nicht ab. Doch was jetzt bis Ende März in Gesetzen verankert werden soll, geht ihnen zu weit und zu schnell. Sie warnen davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten, sie sorgen sich um die demokratischen Grundfesten in einem Land ohne Verfassung.

Im Zentrum der Pläne steht ein Gesetz, das es einer einfachen Mehrheit (von 120 Abgeordneten) erlaubt, richterliche Entscheidungen zu kippen. Justizminister Yariv Levin möchte zudem ein entscheidendes politisches Mitspracherecht bei der Ernennung von Richtern, die bisher von einer Expertenkommission eingesetzt werden. Darüber hinaus soll die „Unangemessenheitsklausel“ abgeschafft werden, die den ernannten Innen- und Gesundheitsminister Arie Deri als Amtsträger disqualifizierte.

Das Oberste Gericht hielt Deri für untragbar, da dieser bereits wiederholt wegen Korruption verurteilt wurde. Die Richter begründeten ihr Urteil auch damit, dass der Politiker der strengreligiösen Schas-Partei im vergangenen Jahr bei einem Verfahren wegen Steuervergehen vor Gericht versichert hatte, sich aus

der Politik zurückzuziehen. Deri wurde zunächst von Netanyahu entlassen. Doch versprach er, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Deri wieder zu „seinem rechtmäßigen Platz in der Regierung“ zu verhelfen.

Netanyahu, der sich selbst wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten muss, verkauft die Justizreform als eine „Wiederherstellung der richtigen Balance zwischen den drei Staatsgewalten“. Esther Chajut, die Präsidentin des Obersten Gerichts, spricht dagegen von einer „tödlichen Wunde für die Unabhängigkeit der Justiz“. Sollte die Reform wie geplant umgesetzt werden, will sie zurücktreten. Gerade hat sich erstmals auch der Präsident eingemischt. Jitzchak Herzog, von Beruf Rechtsanwalt, rief die Koalition dazu auf, den Gesetzgebungsprozess zur Schwächung der Judikative zu stoppen. Er legte lagerübergreifende Verhandlungen über die Einzelheiten der Pläne nahe.

Glaut man jüngsten Umfragen, so halten 43 Prozent der Israelis die geplante Generalüberholung des Justizwesens für „schlecht“, 31 Prozent heißen sie „gut“, ein Viertel hat keine Meinung. Eine breite Mehrheit von 64 Prozent ist dafür, dass die verschiedenen politischen Lager sich zusammenfinden und einen Kompromiss ausarbeiten.

Doch in ebendiesen Namen hielten Regierungschef und Justizminister bisher unbeirrt an ihrem Kurs fest. Netanyahu beruft sich dabei auf die jüngste Wahl als „Mutter aller Demonstrationen“, das heißt, wer fürs rechte Lager gestimmt hat, der wusste doch von den Reformplänen und hat sich somit dafür ausgesprochen. Demokratischer geht's doch nicht, oder?

## Sehnsucht nach einer großen Koalition

### Benjamin Netanjahu aber setzt weiter auf ein Bündnis mit rechts-religiösen Parteien



Gegen die Dunkelheit: Demonstrationen gegen Benjamin Netanjahus Regierungskoalition in Tel Aviv Ende Januar.

Inwieweit die Koalition tatsächlich den Willen einer Mehrheit repräsentiert, bleibt dabei aber auch eine Frage, da die Wahlergebnisse nicht ganz so einseitig sind, wie sie sich im Parlament mit einer 64-Stimmen-Mehrheit (von 120) niederschlagen. Am Ende waren es nicht mehr als ein paar tausend Stimmen, die das Pro-Netanyahu-Lager vom Anti-Netanyahu-Lager trennten, allerdings wurden diese Stimmen durch das Wahlsystem verstärkt.

Seither machte das Regierungslager den Zorn auf den Obersten Gerichtshof zum Glaubensbekenntnis. Angeführt wird dabei der Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Justiz. Das aber ist nur die halbe Wahrheit. Zwar ist in den vergangenen 20 Jahren das Vertrauen der Israelis tatsächlich – dramatisch gesunken. Das Oberste Gericht steht in der Rangliste dabei aber auch heu-

te unverändert an dritter Stelle, nach Armee und Präsidentenamts. Parlament und Parteien hingegen rangieren ganz unten. Demnach wäre die Politik ja eigentlich noch viel mehr in der Bringschuld.

Die meisten Israelis würden sich lieber eine große Koalition wünschen. Mit seinen Partnern in der Regierung aber hat sich Netanyahu in die Abhängigkeit radikaler Parteien begeben. Andere Verbündete hat er nicht mehr. Die liberalen und säkularen Zentrumsparteien im Parlament, die mit ihm und seiner Likud-Partei eine mehrheitsfähige Regierung bilden könnten, sind nicht bereit, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Und im Likud selbst sind prominente Fürsprecher der Rechtsstaatlichkeit längst ins Abseits gedrängt worden.

Das macht die Lage noch brenzlicher. Der frühere Generalstaatsanwalt und Rechtsberater der Regierung,

Avichai Mandelblit, sieht die geplante Justizreform direkt mit dem Versuch verknüpft, das laufende Verfahren gegen Netanyahu zu stoppen. Auch der frühere stellvertretende nationale Sicherheitsberater Chuck Freilich glaubt, dass es Netanyahus oberstes Ziel sei, das laufende Gerichtsverfahren gegen ihn zu torpedieren, um einer potenziellen Gefängnisstrafe zu entgehen. „Dem ordnet er offenbar alles andere unter.“

Netanyahus Gefolgschaft hat das bisher aber offenbar nicht geschadet. Im Gegenteil. Gerade die schwächeren sozialen Schichten fühlen sich unverändert von einem Mann repräsentiert, der sich – trotz seiner langen Jahre als Regierungschef – immer schon gerne als Opfer inszeniert, verfolgt von den Eliten in Justiz, Medien und Universitäten. So streitet nun eine tief polarisierte Gesellschaft über die Zukunft ihres Landes.

Dieses befindet sich auf einem Kurs, der Teil eines globalen Trends ist. Man hat die Demokratie in den Vereinigten Staaten bedroht gesehen, Ungarn und Polen fallen bei den EU-Standards der Rechtsstaatlichkeit durch, Schweden und Italien haben die Prioritäten gerade neu geordnet. Überall wird im Namen nationaler Interessen auch die Unabhängigkeit der Justiz in Frage gestellt.

Doch kommt in Israel noch etwas hinzu, das die Aussicht auf ein Ausschlagen des Pendels in die andere Richtung wenig real erscheinen lässt: demografische Entwicklungen, die Konfliktslage und reale Sicherheitsbedrohungen. Die meisten Israelis glauben nicht mehr an die Möglichkeit eines Kompromisses mit den Palästinensern, jedenfalls nicht jetzt. „Die Politik ist immer noch unter dem Schock der Intifada von 2000 bis 2005 und dem Kollaps des Friedensprozesses. Die Tatsache, dass die Palästinenser im Jahr 2000 zwei dramatische Vorschläge und einen weiteren 2008 zurückgewiesen haben, hat quasi das israelische Friedenslager ausgelöscht“, sagt Freilich.

Dass sich das Land trotz allem wirtschaftlich gut entwickelt hat, schreiben nicht wenige Netanyahu zu. Doch auch diese Errungenschaften stehen nun auf dem Prüfstand. „Ohne Demokratie – kein Hightech“ stand auf den Schildern, mit denen Vertreter der High-Tech-Branche jüngst eine Kreuzung blockierten. Vor den ökonomischen Folgen warnen mittlerweile Wirtschaftsexperten, Bankdirektoren und führende Unternehmer, die sich um die Zukunft des Standorts Israel Sorgen machen. Hundert, darunter Nobelpreisträger Daniel Kahneman, unterzeichneten eine „Notstandsdeklaration gegen die juristische Revolution“.

Im Regierungslager regen sich nun erste Stimmen, die Kompromissbereitschaft signalisieren, aber bisher nur im ganz Kleinen.

Prof. Dr. Gisela Dachs war langjährige Zeit-Korrespondentin, ist heute freie Journalistin, u.a. für die NZZ am Sonntag und lehrte am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem.

## Klagelieder



Von Inge Kloepfer

In der amerikanischen Hauptstadt hat sich Anfang der Woche Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck blicken lassen, gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Bruno Le Maire, um vor allem eines zu diskutieren: den IRA, jenen *Inflation Reduction Act*, hinter dessen Namen sich ein 370 Milliarden Dollar schweres Förderpaket zum Klimaschutz verbirgt, das unverkennbar industriepolitische Züge trägt. Logisch und taktisch ist das Paket aus innenpolitischer Sicht recht klug geschnürt, weil es zweierlei verbindet: den Klimaschutz einerseits, den sich seit jeher eher die Demokraten als die Republikaner auf die Fahnen schreiben, und eine *\*America-First\**-Politik, die zumindest in ihrer intensivierten Beschreibung eine Erfindung der Republikaner aus der Trump-Ära ist.

Das Geschrei in Europa ließ nicht lange auf sich warten. Demnach Erleichterung darüber zu demonstrieren, dass sich die Vereinigten Staaten endlich (!) nicht nur verbal zum Klimaschutz bekennen, sondern in erheblichem Ausmaß Steuergelder investieren, um die Klimabilanz ernsthaft zu verbessern, setzte in Europa und vor allem in Deutschland das große Lamento ein. Dabei befindet sich die Wirtschaft mal wieder an vorderster Stelle. Sie befürchtet heftige Wettbewerbsverzerrungen, weil die amerikanischen Subventionsmaßnahmen nicht nur an die

Klimataglichkeit, sondern vielfach auch an die Verwendung originär amerikanischer Produkte geknüpft sind. Angeblich stehen Europa und die Vereinigten Staaten ausgerechnet in Sachen Klimaschutz sogar vor einem Handelskrieg. Das soll jetzt Robert Habeck in der amerikanischen Hauptstadt richten.

Klageführer ist – mal wieder – die deutsche Industrie. Sie interpretiert den IRA als direkten Angriff auf den Standort Deutschland und befürchtet schwere Wettbewerbsnachteile.

Das Gezeter der deutschen Wirtschaft ist allerdings nicht neu. Seit Jahren agiert sie so, bestens positioniert durch Heerschaftern an Lobbyisten, die mal laut, mal leise ihre Interessen gegenüber der Politik vertreten – hierzulande kommen fast 40 Lobbyisten auf jeden einzelnen Abgeordneten. Das System hat sich seit Jahren bewährt. Der Wirtschaftsminister lässt sich traditionell gut vor den Karten spannen. So auch diesmal. Unlängst hat der DIHK in einer Studie wieder einmal den Untergang an die Wand gemalt: Unternehmen verlieren das Vertrauen in den Staat, Standort-

vorteile gingen verloren. Vorher hatte die Wirtschaft lauthals über Lieferengpässe und Materialmangel geklagt und natürlich auch versucht, für die gestiegenen Energiepreise möglichst hohe Entlastungen vom Bund zu organisieren. Mit Erfolg.

Als allerdings im vergangenen Jahr Bundeskanzler Scholz – zum Entsetzen vor allem europäischer Nachbarstaaten und Handelspartner – ein Entlastungspaket von 200 Milliarden Euro wider die drastisch gestiegenen Energiepreise auf den Weg brachte, hat kein Unternehmen oder Industrieverband darauf hingewiesen, dass dies innerhalb Europas womöglich eine ähnlich Wettbewerbsverzerrende Wirkung haben könnte wie angeblich der IRA.

Hinter der Aufregung über das amerikanische Vorhaben steht allerdings noch etwas ganz anderes: Das Gesetz ist ein höchst unangenehmer Weckruf, der deswegen so heftige Reaktionen hervorruft, weil in Deutschland mit seiner verheerenden CO<sub>2</sub>-Bilanz von Politik und Wirtschaft viel über Klimaschutz viel geredet, aber zu seiner Verbesserung nicht ernsthaft gehandelt wird.

Inge Kloepfer ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die FAS und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

## Gestört



Postskriptum

Von Lutz Lichtenberger

Viel Aufregung im Anschluss an das Postskriptum über gelungene und weniger gelungene Wahlplakate in Berlin. Leserin K. aus B. schreibt, das schlechteste Wahlplakat stamme doch von der Splitterpartei Volt, die einen Zigarettenwerbeprospekt aus den 1990er-Jahren wieder ausgegraben habe und dummstolz behaupte, wichtiger als das nicht vorhandene Design des Plakats sei doch gute Politik, über die die Partei aber kein weiteres Wort verliert. Leser R., ebenfalls aus B., ist verwundert über den Slogan der Regierungspartei Die Linke „Wohnung, Wärme, Widerstand“. Die Meinungen zu „Wir kleben am 1,5-GradLimit“ der Klimaliste Berlin gehen auseinander, Leser J. hält den Spruch für gelungen. Leserin N. fühlt sich bei der Vereinigung, die die Grünen für zu kompromissfreundlich hält, an die Auseinandersetzungen der Volksfront von Judäa gegen die Jüdische Volksfront – aus Monty Pythons „Das Leben des Brian“ erinnert.

In den letzten Tagen vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus an diesem Sonntag kleben die wackeren Wahlkämpferinnen zusätzliche Sprüche auf ihre Plakate, der unübertrefflich schöne Fachbegriff dafür lautet *Störer*. Die feuerfarbige Hannah Sophie Lupper von der SPD etwa wirbt mit dem aufgepöppelten Satz „Rot bis in die Haarspitzen“. Christian Lindners Eleve Sebastian Czaja hat den Begriff noch genauer genommen und seine

Wahlplakate falsch herum aufhängen lassen. Die Wählerinnen sollen ihn doch bitte einmal umdrehen – so wie die FDP ihr vulgärliberales Weltbild? Kai Wegner hat auf seine neuen Plakate schon mal „Regierender Bürgermeister von Berlin“ schreiben lassen – das ist natürlich *suggestiv* gemeint, er ist es noch nicht. Auffallend ist, dass Wegner auf jenen Plakaten merklich gealtert aussieht, vielleicht Teil der Suggestion, denn auf Vorher-Nachher-Bildern von Politikern kann man häufig sehen, wie schnell Amtsträger altern. Tatsächlich stammte der erste Schwung der Unions-Plakate noch aus dem vorigen Wahlkampf 2021 – da sich die Partei im Wahlkampf hauptsächlich um die aber nun wirklich armen unterjochten Autofahrer kümmert, sollte wohl wenigstens in Sachen Papierverbrauch die CO<sub>2</sub>-Bilanz gesenkt werden. Noch wichtiger aber: *Ageism* ist die Diskriminierung von älteren Menschen und wird zu Recht nicht mehr betrieben.

Leserin R. aus O., Leser S. aus M. und Leserin J. aus C. aber fragen nur nach den besten neuen Plakaten der

Partei Die Partei. Dem wollen wir uns fügen. Etwas krude, Platz 5: „Giffey – wegblöiern. Lederer – canceln. Jarasch – wer ist das?“ (Klaus Lederer ist der Spitzenkandidat der Linkspartei, Bettina Jarasch die der Grünen.) Platz 4: „42“. (Laut ChatGPT der Sinn des Lebens, wer's nicht glaubt, einfach googeln.) Platz 3: „Was ist eigentlich Ihr Problem?“ (Fragen Sie nicht!) Platz 2: „Impfausweiskontrolle hier!“ Platz 1:



IMPRESSUM  
Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien  
Verleger: Detlef Prinz  
Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch  
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.  
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek  
Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH  
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin  
Telefon 030/21 50 54 00  
info@derhauptstadtbrief.de  
www.derhauptstadtbrief.de  
Redaktionschluss 9. Februar 2023  
© Der Hauptstadtbrief 2023